

14./II. 1916.

**Devisenregelung in Oesterreich-Ungarn.**

Von unserem ständigen Korrespondenten.

Wien, 9. Februar.

Die Errichtung der deutschen Devisenzentrale hat die hiesigen Besprechungen über eine Organisation des Devisenmarktes beschleunigt, und es steht, zumal nach der ergänzenden Mitteilungen, die Staatssekretär Helfferich in Wien gemacht hat, zu erwarten, daß die Entscheidung nicht lange auf sich warten lassen wird. Der Gedanke einer Zentralisierung des Devisenverkehrs ist in Oesterreich schon vor Monaten aufgetaucht, damals aber von dem größeren Teil der Banken abgelehnt worden. Inzwischen hatten sich die Devisenkurse bald langsamer, bald rascher, aber in ziemlich ununterbrochener Linie verschlechtert, und namentlich die Entwicklung der Devisenkurse, die vor einigen Wochen einsetzte, hat das weitere Gewährenlassen unmöglich gemacht. Der Wiener Devisenmarkt ist seit Kriegsausbruch ohne Führung und Kontrolle. Der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, deren Devisenpolitik in früheren Zeiten zu hoher Kunst sich entwickelt hatte, war mit Kriegsausbruch die Führung des Devisenmarktes genommen. Trotz der Einstellung der Bankausweise hat sie bei der Abgabe von Gold die äußerste Zurückhaltung geübt und die möglichste Schonung des Metallschatzes für wichtiger angesehen als eine Regelung der Devisenkurse. Ueberdies hat aber auch insofern eine Dezentralisierung Platz gegriffen, als der Erlös der Devisenanleihen in Deutschland nicht der Notenbank, sondern zum größten Teil der österreichischen und ungarischen Postsparkassa überwiesen wurde, und schließlich hat jede Bank infolgedessen auf eigene Faust Devisenpolitik betrieben. Da man nicht sicher war, bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank oder bei der Postsparkassa die erforderlichen Beträge in fremden Zahlungsmitteln zu erhalten, mußte man, so gut es ging, im Auslande, vor allem im Deutschen Reiche, Guthaben erwerben. Welchen Umfang die privaten Guthaben von Bank- und Industriefirmen in Deutschland angenommen haben, läßt sich auch nicht annähernd abschätzen. Außerdem sind namhafte Marktbeträge durch die bekannten zwei Valuta-Anleihen der Postsparkassen in Deutschland (300 und 500 Mill. M.), und die namentlich bei der letzten Emission beträchtliche Beteiligung deutschen Kapitals an der Zeichnung von Kriegsanleihe eingeflossen. Das hat nicht gehindert, daß nicht nur die Devisen auf das neutrale Ausland, sondern auch Marknoten stark gestiegen sind, so daß jede Verschlechterung der Devisenkurse in Berlin hier um das wachsende Disagio der Kronen- gegen die Markwährung sich verschärfte.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind nicht ganz durchsichtig. Für den österreichisch-ungarischen Markt ist die Devisen Berlin vor allem darum ausschlaggebend, weil der größte Teil der ausländischen Warenbezüge aus dem Deutschen Reiche stammt und dahin auch im Kriege die größten Kuponzahlungen zu leisten sind. Die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Kronen und Mark ist aber wohl auch darauf zurückzuführen, daß man vielfach genötigt war, sich neutrale Devisen in Berlin zu beschaffen. Die österreichisch-ungarische Warenausfuhr nach neutralen Plätzen ist teils aus natürlichen Gründen, teils infolge administrativer Erschwerungen auf ein sehr geringes Maß gesunken, während der Einfuhrbedarf trotz des hohen Disagios bisher unter eine gewisse Grenze nicht eingeschränkt werden konnte. Andererseits fehlt der Monarchie die Möglichkeit, die stockende Warenausfuhr durch Effektenexport zu ersetzen.

Daß das Disagio einen so hohen Grad erreichen konnte, ist jedoch auch mit markttechnischen Momenten zu erklären, vor allem mit der erwähnten Zersplitterung, noch mehr aber vielleicht mit spekulativen Momenten. Mit der Steigerung der Devisenkurse haben die Exporteure es für immer weniger ratsam empfunden, die einfließenden Valuten zu veräußern, da sie damit rechnen durften, im Fall eigenen Bedarfes sie teurer zurückkaufen zu müssen. Darin hat eine vor wenigen Wochen erschienene Verordnung allerdings insofern Abhilfe geschaffen, als Ausfuhrbewilligungen der Regierung an die Bedingung geknüpft sind, daß die Exporteure die einfließende Valuta abliefern. Zu einer wesentlichen Erleichterung des Devisenmarktes hat das bei der Geringfügigkeit der Ausfuhr und der andauernd großen Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln bisher nicht geführt.

Die nun in Aussicht genommene Regelung des Devisenmarktes, deren endgültige Form noch nicht feststeht, dürfte sich im großen und ganzen an das deutsche Muster anlehnen, doch wird sie sich von diesem formal dadurch unterscheiden, daß man zunächst davon absehen wird, sie durch Regierungsverordnung zu erzwingen und es mit einer freien Vereinbarung der Banken mit der Notenbank versuchen will. Weiter wird man in Oesterreich und Ungarn nicht privilegierte Banken und Bankfirmen mit dem Devisenverkehr betrauen, sondern alle größeren Banken und Bankfirmen daran teilnehmen lassen. Das wird dadurch möglich, daß die Zahl der Aktienbanken in Oesterreich an und für sich sehr gering ist, und von ihnen tatsächlich nur die zehn Wiener Groß- und Mittelbanken und eine oder andere in Wien vertretene böhmische Bank sowie ganz wenige Privatfirmen am Devisengeschäft interessiert sind. Aus staatsrechtlichen Gründen wird sowohl in Wien als in Budapest eine Zentrale errichtet werden, die in der Oesterreichisch-Ungarischen Bank ihre Verbindung finden. Inzwischen hat die Errichtung der Devisenzentrale in Berlin und die Erwartung einer ähnlichen Organisation in Oesterreich-Ungarn in der letzten Zeit zu einer erheblichen Abbröckelung der Devisenkurse mit beigetragen. Allem Anschein nach sehen sich manche Besitzer von fremden Zahlungsmitteln, die ihren Besitz bisher zurückgehalten haben, durch die Aussicht auf einen ständigen, wenn auch langsamen Abbau der hohen Devisenkurse veranlaßt, sich rechtzeitig ihres Besitzes zu entledigen. Im übrigen sind alle Vorbereitungen im Zug, um neben der Organisation des Devisenmarktes die fremdländische Einfuhr auf das unumgänglich notwendige Ausmaß zu beschränken und die Ausfuhr in den wenigen Artikeln, in denen unter den gegebenen Verhältnissen exportfähige Mengen bereitgestellt werden können, mit allen Mitteln zu fördern.